

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Montag ausser Sonntagen und in den Feiertagen, ohne Ausnahme, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf., Bezugsfrist 10 Pf.

Insertionsgebühren: Beträge für die einseitige Vertheilung über deren Name 20 Pfennige, für Kreis- und Veranlagungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 61.

Montag den 14. März 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Arbeiter-Inspectoren in Bergwerken.

Das Grubenunglück bei Bochum hat seiner Zeit der Regierung selbst die Ueberzeugung aufgebrängt, daß bei den fortwährenden Anfällen nur eine erhöhte Grubeninspectio, und zwar von Seiten der hierbei in erster Linie Beschäftigten, der Arbeiter, Wandel schaffen könne. Bei der Berathung des Stats der Bergverwaltung im preussischen Abgeordnetenhaus am 27. Februar hat daher der Handelsminister Briesfeld eine Erweiterung der bestehenden Organisation der Bergpolizei in Aussicht gestellt. Damals hat keiner der Herren Grubenbesitzer es auch nur im entferntesten geahnt, daß die Regierung sich so ernstlich für die Angelegenheit zu interessieren würde. Der Eindruck des Unglücks war noch zu frisch, zudem glaubten die Herren wohl, daß auch dieses Versprechen der Regierung nicht zu ernst gemeint sei. Mittlerweile ist aber etwas Unerwartetes eingetreten. Die amtliche Berliner Correspondenz enthielt vor zwei Tagen die Mittheilung, daß Herr Briesfeld die am 24. Februar angelegten Erhebungen über die Zweckmäßigkeit der Einführung anderer Aufsichtsorgane zur Verstärkung der staatlichen Controlle über die Bergwerksbetriebe nunmehr wirklich in Gang gebracht habe. Die Oberpräsidenten und Oberbergämter seien aufgefordert worden, über die Einstellung von Revisionsbeamten aus dem Arbeiterstande sich gutachtlich zu äußern; ferner würden ministerielle Commissare ins Ausland entsandt werden, um zu ermitteln, welche Erfahrungen man in anderen Staaten mit solchen Arbeiter-Delegirten für den Grubenbetrieb gemacht habe. Zur Erörterung verschiedener Fragen der Bergpolizei wurden demnach die Berghauptleute zu einer Conferenz in Berlin zusammengetreten.

Die ganze Art, wie die Sache inscenirt wird, der unheimliche Erhebungs-Apparat, die vorbereitenden Conferenzen u. s. w., läßt ja nun nicht annehmen, daß man bereits in nächster Zeit solche Arbeiter-Revisionsbeamten bekommen wird. Es ist überhaupt noch fraglich, ob die bisherigen Grubenunglücke schon ausreichen, um die geplanten Reformen wirklich ihrer Vollendung entgegenzubringen.

Doch auch die jetzigen harmlosen Ansätze flößen den Herren Grubenbesitzern bereits Besorgnisse ein. Sie fürchten wohl, daß sie gezwungen sein werden, kostspielige Unfallverhütungsmaßregeln einzuführen. Vor Allem aber sehen sie auch auf diesem Wege das Geheiß der collectiven Regelung der Arbeitsbedingungen sich nähern, die, wie Herr v. Stumm immer wieder und wieder betont, der Ruin jeder Industrie sein muß. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Organ der Grubenbesitzer, finden es daher von Werth, „bei Zeiten sich darüber klar zu werden, welche Gesichtspunkte hierbei in Betracht zu ziehen sind“, d. h. welche Verhaltungsmaßregeln man der Regierung geben soll. Und da haben sie als Kernpunkt der ganzen Sache herausgefunden, die Frage, ob die Aufsichtsbeamten von den Arbeitern gewählt oder von der Regierung ernannt werden sollen. Nun liegt der Fall ja ganz klar: Wenn die Maßregel wirklich Werth haben soll, so müssen diejenigen Arbeiter genommen werden, die die größte Sachkenntnis haben; darüber können natürlich am besten ihre Vorgesetzten entscheiden; diese können nur zu solchen Leuten Zustimmung haben, die sie selbst für die Tüchtigsten halten, die aus freier Wahl hervorgehen, und die nöthigenfalls, durch keine Rücksicht nach oben gehemmt, alles in vollem Maße verlangen, was ihnen zum wirksamen Schutz ihrer Arbeitscollegen er-

forderlich scheint. Wenn die Regierung aber diese Leute zu ernennen hat, so steht zu erwarten, daß sie weniger nach der Qualifikation, als nach gewissen anderen Eigenthümlichkeiten, die außerhalb ihrer beruflichen Tüchtigkeit liegen, fragen wird. Der Posten eines Aufsichtsbeamten kann dann leicht zu einer Art Prämie für „gute Gefinnung“ werden; und diese zwingt die Leute wiederum, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen, und in den Forderungen möglichst Maß zu halten. Es würde also lediglich eine Vermehrung, aber keine Verbesserung der schon jetzt bestehenden staatlichen Controlle das Resultat sein. Das Erstere würde dagegen ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über die Betriebsorganisation schaffen und könnte in der That wesentliche Veränderungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter bewirken. Es ist daher begreiflich, daß die „Berliner Neuesten Nachrichten“ im Ganzen von dem Gedanken den Eindruck haben, „daß er der erste Schritt auf einer schiefen Ebene ist.“ Die Angst um den Gelbbeutel vergrößert aber hier, wie stets, die Dimensionen. Wir glauben nicht, daß die Regierung aus eigener Initiative sich zu einer so einschneidenden Maßregel entschließen wird. Ein wirksamer Schutz der Arbeiter, so weit er unter dem kapitalistischen Regime eben möglich ist, kann nur durch eine reichsgesetzliche Regelung der Materie erfolgen. Und da liegt ja auch längst ein Antrag der Socialdemokraten vor, der diese verlangt. Aber man hat es im hohen Maße eben nicht eilig. Zuerst muß das Näherliegende, z. B. die Klaustrau-Politik, zum Abschluß kommen. Man weiß auch, daß eine Verathung im Reichstage draußen für das Land etwas Anderes bezeugen will, als so eine Abgeordnetenhäuser-Debatte, wo die Herren ja mehr unter sich sind. Die Zeit für die Initiativ-Anträge des Hauses ist knapp bemessen; was zu soll man durch unnötige Eile und Straffheit in der Geschäftsführung bewirken, daß der socialdemokratische Antrag noch vor den Wahlen verhandelt wird?

Aus dem Chinalande.

Es sollen jetzt Schwierigkeiten entstanden sein wegen der Ceremonie beim Empfang des Prinzen Heinrich am Hofe von Peking. Der „Sohn des Himmels“ soll sich, nach einer Dalziel-Meldung aus Shanghai, weigern, den Prinzen unter den Formen zu empfangen, die von deutscher Seite gefordert werden. Der Prinz bleibt verläufig einige Wochen in Hongkong, woselbst, nach „Daily Mail“, der Kreuzer „Deutschland“ einer wahrscheinlich drei Wochen dauernden Reparatur unterzogen werden wird. Der Kreuzer hat sich auf dieser Ausfahrt sehr schlecht bewährt.

Die wichtigste Meldung des Tages ist, daß England durch seinen Gesandten im Tjingtu-Namen Protest gegen die Abtretung Port Arthurs erhoben habe, die eine Störung des Gleichgewichts der Machtvertheilung im Osten bedeute. Die chinesische Regierung erklärte sich jedoch außer Stande, den russischen Forderungen zu widersprechen. Die Verhandlungen über die russischen Forderungen dauern fort.

„Daily Chronicle“ hält die Situation der Mandschu-Dynastie für sehr gefährdet. Sie werde, so meint das Blatt, dem Anlauf der europäischen Mächte nicht zu halten vermögen. Wahrscheinlich werde eine neue Dynastie mit dem Hauptstich in Nanjing an ihre Stelle treten.

Wie betrügt man die Wähler am besten?

Dieses Thema erörtert jetzt in Beziehung auf die Haltung des Centrums zur Flottenvorlage mit tühlem Cynismus das

„Vaterland“, officielles Organ der conservativen Partei in Sachsen. Es unterzieht die zur Ausbringung der Mittel für die Flottenvermehrung vorgeschlagenen Wege einer Betrachtung, und kommt zu dem bei den Conservativen selbstverständlichen Schlusse, daß keiner dieser Wege gangbar wäre. Die von den Freisinnigen vorgeschlagene Vermögenssteuer greife störend in alle Verhältnisse ein; der nach dieser Richtung in Sachsen gemachte Versuch sei als gescheitert zu betrachten und auch in Preußen betrachte man sie als verfehlt. Der Behelfs-Vorschlag einer Reichseinkommensteuer — der den Herren am allerunbequemsten ist — führe zum Einheitsstaate und diesen „ersten verhängnißvollen Schritt“ könnte man nicht mitmachen. Selbst eine bloße Resolution in diesem Sinne sei bedenklich, sie könnte einmal dazu benutzt werden, „der Regierung eine Falle zu stellen“.

„Soll und muß aber durchaus ein Opfer gebracht werden, um in Frieden zu dem schönen Ziel einer Annahme der Flottenvorlage mit möglichst imponanter Mehrheit zu gelangen, so mag man es in einer Form bringen, welche die Regierung zu nichts verpflichtet und dennoch dem Centrum ermöglicht, von einem kleinen Zugeständnis zu sprechen, damit es die Wähler seine frühere Stellung der Flottenvorlage gegenüber vergessen machen kann.“

Das nennt man ehrliche Gaunerpolitik! Die Regierung verspricht etwas, das so aussieht, als ob es die Wünsche naiver Wählermassen erfülle, sie verspricht etwas, was so aussieht, als ob man gewillt sei, die Kosten der Flottenvermehrung denen aufzuerlegen, die sie verlangen und die Nutzen davon haben werden und das arbeitende Volk damit zu verschonen; dieses Versprechen wird gegeben, um dem Centrum die Möglichkeit zu geben, seine Wähler in den Glauben zu versetzen, daß es die Volksinteressen gewahrt habe. Aber der das Versprechen giebt, die Regierung, und der es empfängt, um sich damit vor seinen Gläubigern, den Wählern, zu rechtfertigen das Centrum, sind sich von vornherein darüber einig, daß gar nicht daran gedacht wird, das Versprechen zu halten; es wird von vornherein von gewiegten Rechtsvertretern in einer Form abgefaßt, daß der Kläger, wenn er dann die Erfüllung des gegebenen Versprechens vor dem Forum der Öffentlichkeit einklagt, abgewiesen werden muß, weil er sich einen ungiltigen, unverbindlichen Vertrag aufgehängt hat!

Solche offene, unverhüllte Gaunerei wagen conservative Organe ohne Scheu der Regierung zuzumuthen! Und das stimmt Klageslieder an über den Rückgang der Moral!

Die Flottenvorlage soll, so wird mitgetheilt, am Donnerstag wieder vor die Budgetcommission gelangen. Man erwartet, so schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, zu Beginn dieser Sitzung eine Erklärung des Reichskanzlers im Namen der verbündeten Regierungen. „In diese Erklärung in genügendem Maße „autoritativ“ und stellt sie außer Zweifel, daß etwaige Mehrkosten der Flottenvorlage nur den tragfähigeren Schultern aufgebürdet werden: dann wird man sich damit begnügen, und die Flottenvorlage ist besser unter Dach und Fach gebracht, als die Regierung in ihren kühnsten Träumen erwarten durfte.“

Von einigen Blättern wird eine Reise des Breslauer Fürstbischofs Ropp nach Rom in Zusammenhang mit der Stellung des Centrums zur Flottenfrage gebracht. Der Fürstbischof soll sich aus Rom Informationen holen, über Forderungen, welche das Centrum zum Entgelt für seine Fi... begeisterung bei der Regierung erheben werde. Man... sogar wissen, daß es sich dabei außer der Abstellung von

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von H. C. Brachvogel.

(Nachdruck verboten.)

Der Brief der Weering an Pepino, welchen Georgii aufgehoben, als der Käufer damals voll Angst zu Montmartin... hätte dem Consulanten wenig Licht gegeben, wären nicht von anderer Seite unvermuthet Indicien eingegangen.

Auf dem Hochplateau der Leunberge, mitten im Walde, liegt der Hleden Kornthal, dessen herrnhutische Bewohner, abgesehen von der Welt, in besonderer Gemeindevorfassung leben, welcher der „Aelteste“ zugleich als Seelforger vorsteht. Moser's eigene Religionsanschauung war der dieser Leute verwandt und ihr „Aelteste“ ihm noch von Jägerndorf... der Zingendorfschen Brüdergemeinde her befreundet... in Kornthal war's, wo seit des Juden Süß Tode die tolle... abwechselnd verkehrte, man sich der Armen immer rader... genommen, so oft sie auch Wochen lang verschwand. Hier... hatte sie in jener Nacht die Weering geführt. Dieselbe... war verpflegt worden und wiederholte ihre Aussagen dem... Aeltesten, der es für seine Pflicht hielt, Mosern davon zu... unterrichten. — Schopper ward mit dem Tönele nun auch... nach genug gefunden. Pepino gestand, um das Schredlichste... sich abzuwenden, den Thatbestand ein, schob aber alle Ver... anlassung auf Montmartin.

Se. Excellenz saßen in größter Seelenruhe zu Schorn... General Nieger, hinter sich Buttlar.

„Was wollen Sie hier?“ schrie Montmartin empor. „Auf herzoglichen Befehl hab' ich Ihn zu vermelden, daß... Pepino Emergali und Pfeil auf dem Asperg wegen der Frau... Georgii sitzen. Die Weering wie alle Zeugen sind gefunden, die... Aussagen haben gegen ihn ausgelegt. Was Ihn blüht,

wenn man Ihn den Prozeß macht, mag Er sich selbst jagen! Da Er aber lange Zeit herzoglicher Minister gewesen, will Serenissimus Ihn den lichten Galgen sparen und schlägt Ihn vor — mit diesem Pistol die Aeren zu fällen. Wo nicht, werd' ich Ihn auf den Asperg mitnehmen und mit Ihm ein Privatvergnügen machen. — Ueberleg' Er sich den Wig!“

Montmartin stand eine Weile sahl und stier, als sei ihm alles Blut entwichen. Dann that er einen Seufzer.

„Ich will mein Testament machen!“
„Er hat bloß zu sterben; Sein Erbe ist das Land!“
Montmartin richtete sich hoch auf. Er trat zu Nieger.

„Das Pistol!“
„Da, theuerster Freund! — Zur Gesundheit!“

Montmartin nahm die Waffe. — „Herr Philipp Nieger, es giebt eine göttliche Fügung, ich seh' das nur etwas spät ein! Aber weil ich in der Todesnoth an sie glaube, geh' ich auch mit dem Bewußtsein von hinten, sie werde Euch — wie mich erreichen!“ Er wendete sich gegen die Wand.

Das Rohr bligte auf, — die Geißel Württembergs stand vor dem Richtersthule Gottes.

Das Schloß ward lebendig, die Dienerschaft, das Gefinde stürzte herbei.

„Die arme Excellenz!“ sagte Nieger trocken. „In herzoglichem Auftrage will ich ihn wegen einiger Angelegenheiten vernichten. — schießt sich der närrische Mann unversehens tod!“ — Ja, das Gewissen! — Hier ist übrigens der Sequestrationsbefehl Seiner Hoheit!“

Ne Miller Montmartin geschieden, nachdem er so viel Redens von sich gemacht, desto lauter endete Herr Pepino Emergali, des Herzogs Käufer. — Als Gaukler auf dem Plage vor allem Volke hatte er begonnen, und endete wiederum vor allem Volk auf offenem Markte, ein lustiger Gaukler, mit einem Todensprunge vom Gevalter Dreibein!“

Als ihn der Freikncht von der Leiter stieß, brach tosend ein Weib durch die Menge und umtanzte jöhend den Galgen, Lea Süß, die tolle Jüdin!

Man griff sie endlich und brachte sie in's Krankenhaus. Fortan war sie ruhig und zufrieden, — sie hielt die Seele ihres Bruders für erlöst.

Der „Präsident“ Pfeil karnte unter der Galkotenglocke zeitweilens auf dem Hohen-Neuffen. —

Die Fürstengruft! Breit und tief gähnte sie vor Eugen Karl. Seine gewaltthätige Zeit hatte ihn in mittheilslos-klarer Erinnerung angegrünst. — „D ich bin ein Teufel, ein unmenschlicher Teufel gewesen!“ rief er aus.

Er erließ noch während der Untersuchung den Befehl: Schubart mußte Festungsfreiheit, Correspondenz mit den Seinigen, Verkehr mit allen Festungsbewohnern, Erlaubniß zu dichten, Offizierskost nebst Zimmer und beste Behandlung zu gewähren: „wie einem fast Begnadigten, der baldigst loskommen soll!“

Aber daß Schubart je loskommen sollte, lag keineswegs in Herrn Nieger's Plan. Der General hatte mit Schubart bisher ein zu glänzendes Geschäft gemacht, wie der Thierbändiger mit einer neuen Art Bestie. Vordem war der Asperg nämlich sehr uninteressant gewesen, seit Schubart der Wallfahrtsort Deutschlands Die Herzöge von Weimar, Mannheim, Gotha, — Lanater, Goethe, Nikolai, Friedrich's des Großen Vorleser, Abbé Duval, der Musiker Vogler, eine Menge vornehmer wie berühmter Besucher belagerten den Asperg, ließen Geld und Geschenke zurück, machten die Festung wie Nieger's Namen europäisch berühmt. Sollte er dulden, daß sein einzig Cabinetstück ihm entzogen werde? Niemmer! — Er verkleumdete Christian beim Herzoge wie Franziska, sagte geradeweg: „Wird Schubart frei, so geht er nach Berlin, Mannheim oder Weimar und läßt seine Zunge gegen Eure Durchlaucht los. Im Inlande bleibt er gewiß nicht, und fetz

mancherlei Paritätsklagen um die Errichtung einer besonderen katholischen Abteilung im preussischen Cultusministerium handelt.

Diese Combination charakterisirt gewiss das Centrum und sein politisches Schachertreiben recht gut, aber glaubhaft erscheint sie in diesem Falle doch kaum, denn jene Centrumsforderungen sind aralt und ihre Nothwendigkeit ist durch die Rapp nicht, noch dazu im letzten Moment der Verhandlungen über das Flottengesetz, nach Rom zu reifen.

Eine Section für Flottenschwärmer.

Western Abend wollte Herr Kaunom in einer öffentlichen Versammlung vor der Kieler Bevölkerung über „Flotte und Freiheit“ sprechen, allein er wurde durch Unwohlsein daran verhindert.

Die „Socialreform“ einer vergangenen Zeit wird jetzt auf dem Wege der Verwirklichung durch den „Reichsanzeiger“ corrigirt.

Am 22. Februar wurde gemeldet, daß am Tage vorher der Bundesrath einer Vorlage zugestimmt habe, betr. Verwirklichung des § 135 Abs. 5 der Gewerbeordnung.

Verwirklichung.

In dem in Nr. 18 des Reichs-Gesetzblattes für 1891 (S. 261 f.) abgedruckten Gesetz, betr. Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891, sind Seite 233 im letzten Absatz des § 135a in Folge eines Verzeichnisses die Worte: „Ziffer 2 und 3“ an Stelle der Worte „Ziffer 3 und 4“ gesetzt worden.

Der letzte Absatz des § 135a hat richtig zu lauten:

Die untere Verwaltungsbehörde kann die Verwirklichung von Arbeiterinnen über jedes Jahr, welche ihren Hauswesen zu betreiben haben und eine Fortbildungsschule nicht besuchen, bei dem in § 105b Abs. 1 unter Ziffer 3 und 4 bezeichneten Arbeiten an Sonn- und Feiertagen von den Beschränkungen nach § 105b Abs. 1, jedoch nicht über 9 Uhr Abends hinaus, gestatten.

Die Erlaubnis ist schriftlich zu ertheilen und vom Arbeitgeber zu verwahren.

Um zu verstehen, um was es sich handelt, müssen wir zunächst die fraglichen Bestimmungen des § 105c, der die Ausnahmen von der im § 105b festgesetzten Sonntagsruhe aufzählt, hierherlegen. Sie lauten:

Die Bestimmungen des § 105b finden keine Anwendung: 1) auf Arbeiten, welche in Nothfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen; 2) für einen Sonntag auf Arbeiten zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur; 3) auf die Bemessung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist, sowie auf Arbeiten, von welchen die Wiederaufnahme des vollen werktägigen Betriebes abhängig ist, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können; 4) auf Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Abfliegens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können; 5) auf Beaufichtigung des Betriebes, soweit er nach Ziffer 1 bis 4 an Sonns- und Feiertagen statifindet.

Was würde nun durch die Verwirklichung — vorausgesetzt, daß sie rechtsgültige Kraft hätte — geändert? Bisher durften mit Zustimmung der unteren Verwaltungsbehörde über 16 Jahre alte Arbeiterinnen, die kein Hauswesen zu betreiben haben und eine Fortbildungsschule nicht besuchen, laut Ziffer 3 des § 105c zur Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur, sowie zu den unter Ziffer 3 genannten Zwecken an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen länger als bis halb 6 Uhr und spätestens bis halb 9 Uhr Abends beschäftigt werden.

Für eine ganze Reihe von Industrien und namentlich für die Lebensmittelbranche bedeutet also die Verwirklichung des „Reichsanzeiger“ eine Verschärfung des ohnehin höchst elenden Looses der Arbeiterinnen, die mangelnd trausvoller beruflicher Organisationen so wie so schon eine weit längere Arbeitszeit haben als die Männer, und eben deshalb ihren einzigen Schutz in der von der Gewerbeordnung für sie festgesetzten Beschränkung der Arbeitszeit haben.

Aber es fragt sich, ob es auf dem beschränkten Wege zu erreichen ist. Wir bestreiten es. Die Änderungen der Gewerbeordnung sind immer Zeit im „Reichs-Gesetzblatt“ und im „Reichsanzeiger“ publicirt, und sie sind rechtsgültig nur in der dort publicirten Fassung. Nach fast sieben Jahren konnten und an dem Gesetzentwurf durch eine noch dazu ohne Unterbrechung erscheinende „Verwirklichung“ eine einschneidende Änderung vornehmen zu wollen, ist ein ganz unmögliches Beginnen. Zunächst fehlt doch auch jeder Beweis, daß die sieben Jahre als gültig angelegene Fassung falsch ist. Aber wenn das selbst nachgewiesen werden kann, so ist der Fehler im Gesetz auf demselben Wege zu ändern, auf dem überhaupt Gesetz geändert werden können: durch Beschluß des Bundesrathes und des Reichstages. Da Bundesrath allein bei dem Gesetz nicht das Recht hat, so ist die Verwirklichung in dieser Frage kein Recht ganz eigentlich wahrnehmbar. Das würde schon die Zustimmung geben, zumal in unserer Socialpolitik kein Hinderniß ist, wenn man geschaffene Schutzbestimmungen einfach auf dem Wege der „Verwirklichung“ für die Niemand die Verantwortung trägt, aus der Welt schaffen könnte.

Todesfahrten. Nach amtlicher Bekanntmachung waren im Januar d. J. folgende Betriebsunfälle zu verzeichnen: Entgleisungen auf freier Bahn 2, in Stationen 19, Zusammenstöße auf freier Bahn 4, in Stationen 24, sonstige Betriebsunfälle 161, zusammen 210. Bei den Unfällen wurden 63 Personen getödtet, darunter 5 Reisende, 36 Bahnbediente und Arbeiter, 19 fremde Personen. Verletzt wurden 170 Personen, darunter 38 Reisende.

Das Reichspostamt hat seit Beginn dieses Jahres bestimmt, daß die Vermahlung von Postagenturen oder Poststellen, falls hierzu geeignete männliche Personen nicht ermittelt werden können, weiblichen Personen übertragen wird, vorausgesetzt, daß diese bei zu leistenden Anforderungen entsprechen. In welchen Umfang von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, zeigt der Umstand, daß von 92 Postagenturen, die seit Beginn der Verwirklichung neu besetzt sind, 30 an weibliche Personen Vermählungen wurden sind.

Ausland.

Oesterreich. Die Wiener Antisemiten sind aus dem gleichen Gange gekommen wie die Berliner Antisemiten, abwärts und gewaltthätig oder genommen und umgeben, nur kein einziger Versuch, ein größeres Maß zu treffen.

Die liberale Partei! Schon einmal hat sie! Nur einer hätte jenen Schwere behauptet! — Im December 1780 verließ Schiller die Rheinlande, nachdem er keine weitere Deposition mit sich geführt — Aber welche Enttäuschung, welche Schmach! Des Königs Stellung, der bei allen Festen der Schiller empfing hatte, dessen Ehren die liberalen Rheinländer immer jenseit gegen gemacht worden, — ward plötzlich im Regiment Koll mit anderen Sachen vernichtet, wenn man jagt, weil er nicht Disziplin hatte, das Regiment nahm, welches ihn als Oberst der Reichsarmee geschickelt. Die jene Freunde waren früher nicht. — Selbst die liberalen Rheinländer sind nicht jenseit's und seiner Seiten Seite, als der „Schiller“ des erst Mal wieder auf die Welt zu sein. Schiller, Goll, Lauer empfanden das Jahr! —

„Du bist ein großer Mann, mein Sohn.“ — „Gott sei Dank.“ — „Du bist ein großer Mann.“ — „Gott sei Dank.“ — „Du bist ein großer Mann.“ — „Gott sei Dank.“

„Du bist ein großer Mann.“ — „Gott sei Dank.“ — „Du bist ein großer Mann.“ — „Gott sei Dank.“ — „Du bist ein großer Mann.“ — „Gott sei Dank.“ — „Du bist ein großer Mann.“ — „Gott sei Dank.“

liberalen Stadtväter, die sich fürchten, „oben“ anzustößen, wenn sie den für die Forderungen des Liberalismus in den Tod gegangenen Kämpfern von 1848 ein Denkmal setzen. In Wien spielte sich, wie schon kurz berichtet, in letzter Woche etwas Kehnliches ab wie vor einiger Zeit in Berlin, worüber es zu gewaltigen Stankbalkenen im Gemeinderath kam. Der Stadtrath beantragte nämlich die Anregung der Liberalen, am Grabe der Märzgefallenen durch eine Deputation einen Kranz niederzulegen und eine Kundgebung in öffentlicher Gemeinderathssitzung zu veranlassen, abzulehnen. Die Liberalen wiesen darauf hin, daß der 1848er Bewegung die Gemeinde-Autonomie zu verdanken sei, was die Antisemiten unter Schreien und Beschimpfungen leugneten. Der Antrag des Stadtrathes wurde schließlich angenommen.

Schließlich kann man den Wiener Antisemiten immer noch mildernde Umstände zubilligen. Sie blamirten sich vor aller Welt aus Bornirtheit; dagegen siegte in Berlin die Feigheit. Wahrscheinlich, könnten die Todten von 1848 ihre Epigonen und deren Thun sehen, sie würden sich schämen, solchen Nachwuchs zu haben.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu dem Vorkommniß: „Das Verhalten der Gemeinderathsmehrheit ist an sich empörend, doch ihr Beschluß, an das Grab der Märzgefallenen keine Abordnung zu schicken und keine besondere Feier am 13. März zu veranstalten, muß alle anständigen Menschen mit Befriedigung erfüllen. Könnte man sich eine schimpflichere Entehrung der Opfer des 13. März denken, als eine Feier, abgehalten von dem Wiener antisemitischen Böbel, einen empörenderen Anblick, als Herrn Zueger oder Geymann, wie sie am Grabe der Freiheitskrieger Kranze niederlegen?“

Das Ministerium Thun, kaum geboren, scheint schon einer Krise entgegenzugehen. Die deutsch-bürgerlichen Parteien rathen heute über die Stellungnahme zum neuen Ministerium. Von dem Ausgange dieser Verhandlungen soll es abhängen, ob der deutsche Großgrundbesitzer Dr. Bärnthner im Ministerium verbleibt.

Frankreich. Der Herr Graf möchte Abgeordneter werden. Unser französischer Genosse Gerauld-Richard erzählt in der „Petit Republique“ die Geschichte eines Besuchsversuches, den der bekannte Finanzmann und Millionär Graf Gressulhe, ein Freund Felix Faures, an dem Deputirten Breton vornehmen ließ. Gressulhe, der bei den nächsten Kammerversammlungen ein Deputirten-Mandat zu erhalten wünscht, versuchte dem Deputirten Breton seinen Wahlkreis abzukaufen, der in der Normandie nahe bei Caure liegt, wo der Einfluß Felix Faures allmächtig ist, so daß die Wahl Gressulhes dort zweifellos durchgesetzt worden wäre. Die Versteigerungsunterhandlungen mit Breton wurden Namens Gressulhe durch zwei Redacteure eines orleanistisch-kerifalen Blattes geführt. Breton, ein schlauer Bauer, stellte sich, als ginge er auf das Anerbieten ein. Als Preis für den Verkauf des Wahlkreises wurden 100,000 Francs festgesetzt, 50,000 sofort zahlbar, 50,000 zahlbar nach der Wahl Gressulhes. Außerdem bedang sich Breton seine und seines Schwiegersohnes Ernennung für gewisse officielle Functionen aus. Gressulhe ließ ihm sagen, daß Felix Faure und Meline ihm diese Ernennungen verprochen hätten. Hierauf vereinbarte Breton mit den Unterhändlern Gressulhes ein Rendezvous in einem Extrazimmer des Pariser Cafe de la Paix. Im Nebenzimmer hatte Breton einige Freunde untergebracht, die an der Thüre horchten. Die Unterhändler Gressulhes erschienen, begleitet von einem aristokratischen Herrn. Sie brachten ein Couvert mit 50,000 Francs und eine Proclamation mit, worin Breton den Wählern seinen Rücktritt anzeigen sollte. Breton ließ sich alle Bedingungen des Geschäftes wiederholen. Als ihm der aristokratische Herr die 50,000 Francs hinreichte, gab Breton ein Zeichen. Seine Freunde stürzten herein und bemächtigten sich aller von den Unterhändlern Gressulhes mitgebrachten Papiere. Einer der Unterhändler fiel auf die Kniee und flehte, man solle ihm die Papiere zurückgeben. Breton gab ihm die 50,000 Francs wieder und sagte: Ich will meine Bauernhände nicht mit fremdem Gelde beschmutzen! Hierauf wurden die Unterhändler des Grafen Gressulhe von Breton und seinen Freunden hinausgeworfen.

Die gesammte radicale und socialistische Presse beginnt einen regelrechten Feldzug gegen Faure, welcher großes Aufsehen hervorruft. Clemenceau klagt den Präsidenten an, dem schmählichen Mandatskäufer Gressulhe's begünstigt zu haben. — 60 republikanische Abgeordnete verzichteten in Folge der Dreyfusache auf eine Wiederwahl.

Spanien. Ueber den Aufstand auf den Philippinen behauptet die „Daily Chronicle“, daß die Aufständischen sich zweier Städte, die mit Manila durch Eisenbahnen verbunden sind, bemächtigt haben.

Officiell wird gemeldet, daß eine Abtheilung von 170 Mann die Verlegung von Bolinao befreit habe.

Preussischer Landtag.

Berlin, 12. März. Das Abgeordnetenhause ist auch heute noch nicht mit der Beratung des Cultusgesetzes zu Ende gekommen. Aus der Debatte, die sich in der Hauptsache um eine Verbesserung der Lehrer an höheren Lehranstalten drehte, ist nur ein der Budgetcommission überreichtener Antrag zu erwähnen, worin die Regierung aufgefordert wird, sobald die Mittel bereit zu stellen, um die vom 1. April 1891 ab eingeführte Gehaltsaufbesserung für die Lehrer an den vom Staate unterhaltenen höheren Lehranstalten auch auf die Lehrer der Provinzialhöheren Lehranstalten unterhaltenen höheren Lehranstalten auszudehnen, bei denen die beteiligten Städte auf Aufbesserung der Provinzialschulcollegien die Uebernahme ihrer Hälfte der Kosten für die gesammte Besoldungsaufbesserung beschließen und für ihre häuslichen Anstalten eingeführt haben. Die Regierungsdirektoren erklärten sich aus finanziellen Gründen gegen den Antrag.

Wenn die Beratungen, die am Montag fortgesetzt werden, weiter einen so schleppenden Verlauf nehmen, so wird der Etat voraußichtlich wieder nicht rechtzeitig fertiggestellt werden.

Partei-Angelegenheiten.

Der diesjährige Parteitag der Socialdemokratischen Partei Deutschlands wird in der Woche vom 8. bis 8. October im Dinkelscherben Saalbau in Stuttgart abgehalten.

